

Wenn Systeme ihre Kritiker jagen - Bundesweite Rationen gegen Anderesdenkende

Dawid Snowden · Veröffentlicht: 11.03.2026



Es gehört zu den ältesten Konstanten politischer Macht, dass Systeme in dem Moment, in dem ihre Legitimität zu bröckeln beginnt, ihre Energie nicht mehr auf die Lösung der zugrunde liegenden Probleme richten, sondern auf die Bekämpfung jener, die diese Probleme benennen. Kritik wird dann nicht mehr als notwendiger Bestandteil einer lebendigen Gesellschaft betrachtet, sondern als Bedrohung der demokratischen Missbrauchsordnung selbst. In diesem Augenblick beginnt eine Verschiebung der politischen Logik: Die Krise liegt nicht mehr im System – sie wird in den Kritikern lokalisiert.

So geraten besonders jene Gruppen unter Druck, deren Einfluss nicht auf militärischer oder administrativer Macht beruht, sondern auf dem Terrain der Ideen: Verlage, Künstler, Schriftsteller, Journalisten, Intellektuelle, Dissidenten und andere Andersdenkende. Sie besitzen keine Armeen und kontrollieren keine Institutionen, doch sie verfügen über etwas, das für jedes Herrschaftssystem gefährlich werden kann: die Fähigkeit, Bedeutungen zu verändern. Wer Begriffe verändert, verändert die Wahrnehmung der Wirklichkeit. Und wer die Wahrnehmung verändert, verändert früher oder später auch die politische Realität.

Die Geschichte zeigt immer wieder, dass Machtstrukturen diesen Zusammenhang intuitiv verstehen. Deshalb richten sich Maßnahmen der Einschüchterung selten zuerst gegen die Masse der Bevölkerung, sondern gegen jene wenigen Stimmen, die in der Lage sind, gesellschaftliche Narrative zu formen. Ein Schriftsteller kann Zweifel säen. Ein Verlag kann Ideen verbreiten. Ein Künstler kann Bilder erzeugen, die sich in das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft einbrennen. Gerade deshalb stehen sie oft im Fokus politischer Repression, wenn Systeme beginnen, ihren inneren Halt zu verlieren.

Dabei folgt die Strategie einer einfachen, aber wirkungsvollen Logik: Bestrafe einen – erziehe viele.

Die eigentliche Wirkung solcher Maßnahmen richtet sich selten ausschließlich gegen die unmittelbar Betroffenen. Vielmehr entfaltet sich ihre politische Funktion in der Beobachtung durch die Öffentlichkeit. Eine Hausdurchsuchung, eine mediale Kampagne, ein Ermittlungsverfahren oder eine öffentlich inszenierte Sanktion senden eine Botschaft weit über den Einzelfall hinaus. Die Handlung trifft den Einzelnen, doch die Botschaft richtet sich an alle.

Sie lautet unausgesprochen: Dies könnte auch dir passieren.

Auf diese Weise entsteht eine Form indirekter Kontrolle, die oft wirkungsvoller ist als offene Zensur. Menschen beginnen, ihre Worte zu wägen, bevor sie ausgesprochen werden. Journalisten überlegen, welche Themen sie aufgreifen. Künstler fragen sich, welche Grenzen besser nicht überschritten werden. So entsteht ein Klima der Angst und Selbstdisziplinierung, in dem viele Beschränkungen gar nicht mehr ausgesprochen werden müssen. Sie entstehen im Inneren der Menschen selbst.

Politische Missbrauchssysteme greifen auf diese Mechanismen besonders in Zeiten struktureller Unsicherheit zurück. Historisch betrachtet treten solche Dynamiken häufig in Phasen tiefgreifender Umbrüche auf: wirtschaftliche Krisen, technologische Transformationen, geopolitische Verschiebungen oder grundlegende gesellschaftliche Konflikte. In solchen Situationen geraten nicht nur politische Institutionen unter Druck, sondern auch die Narrative, auf denen ihre Legitimität beruht.

Denn jede Herrschaft lebt von Geschichten über sich selbst. Sie erzählt, warum ihre Ordnung notwendig ist, warum ihre Entscheidungen alternativlos erscheinen und warum ihre Institutionen Vertrauen verdienen. Diese Narrative sind das unsichtbare Fundament politischer Stabilität. Wenn sie zu bröckeln beginnen, gerät die Macht selbst ins Wanken.

Kritik greift genau dieses Fundament an.

Wer Missstände benennt, unterbricht die Erzählung der Stabilität. Wer Widersprüche aufzeigt, stellt die behauptete Alternativlosigkeit infrage. Wer neue Perspektiven eröffnet, macht sichtbar, dass auch andere Ordnungen denkbar sind. Für ein verunsichertes System kann dies gefährlicher erscheinen als jede offene Opposition.

Deshalb entsteht in solchen Momenten eine paradoxe Dynamik. Je stärker ein politisches System versucht, kritische Stimmen einzuschüchtern oder zu marginalisieren, desto deutlicher offenbart es seine eigene Unsicherheit. Repression wird damit selbst zu einem politischen Signal – einem Signal dafür, dass die Stabilität, die nach außen beschworen wird, im Inneren bereits erodiert.

Dabei spielt die öffentliche Inszenierung eine entscheidende Rolle. Maßnahmen gegen Kritiker werden selten vollständig im Verborgenen durchgeführt. Sie erscheinen begleitet von medialer Aufmerksamkeit, moralischen Rahmungen und offiziellen Begründungen. Auf diese Weise entsteht eine Bühne politischer Abschreckung.

Der Einzelne wird zum Beispiel.

Der Einzelfall wird zur Warnung.

Doch genau an diesem Punkt zeigt sich auch eine andere historische Konstante: Ideen lassen sich nicht dauerhaft unterdrücken. Gedanken besitzen eine eigentümliche Widerstandskraft. Sie wandern durch Gespräche, Texte, Bilder und digitale Netzwerke. Sie verändern ihre Formen, finden neue Räume und neue Ausdrucksweisen. Gerade in Zeiten des Drucks entwickeln Kultur, Literatur und Philosophie oft eine besondere Intensität, weil sie gezwungen sind, Wege jenseits der offiziellen Diskurse zu finden.

Die Geschichte politischer Herrschaftssysteme ist daher immer auch die Geschichte eines dauerhaften Spannungsverhältnisses zwischen Macht und Geist. Macht versucht, Ordnung zu sichern. Der Geist versucht, Wirklichkeit zu verstehen und zu benennen. In stabilen Gesellschaften existieren beide Kräfte in einem produktiven Gleichgewicht. Kritik wird dort nicht als Angriff betrachtet, sondern als notwendige Korrektur.

Wenn dieses Gleichgewicht jedoch zerbricht, verändert sich die Rolle der Kritik. Sie wird vom Bestandteil politischer Kultur zum Objekt politischer Kontrolle. In diesem Moment beginnt eine gefährliche Entwicklung: Eine Gesellschaft verliert ihre Fähigkeit zur Selbstkorrektur.

Denn Kritik erfüllt eine grundlegende und unersetzliche Funktion in jeder lebendigen Gesellschaft. Sie macht sichtbar, was im Inneren eines Systems nicht mehr funktioniert, was sich verzerrt hat, was sich von seinen ursprünglichen Prinzipien entfernt hat und wo Macht beginnt, gegen die Interessen der eigenen Bevölkerung zu arbeiten. Kritik ist das Frühwarnsystem politischer Ordnungen. Sie zwingt Macht, sich zu rechtfertigen, Entscheidungen zu erklären und ihre Handlungen dem Maßstab von Vernunft, Recht und moralischer Verantwortung auszusetzen. Ohne diese permanente Reibung drohen politische Strukturen, sich zunehmend von der Realität der Menschen zu entfernen, die sie eigentlich vertreten und schützen sollen.

Wird diese Funktion jedoch systematisch unterdrückt, entsteht ein gefährliches Vakuum. Ein Raum, in dem Fehlentwicklungen nicht mehr korrigiert, sondern unsichtbar gemacht werden. In diesem Raum können sich Machtmissbrauch, ideologische Verhärtungen und strukturelle Fehlentscheidungen ungestört ausbreiten und verfestigen. Genau aus solchen Konstellationen entstehen jene historischen Katastrophen, die rückblickend oft als unbegreiflich erscheinen – Entwicklungen, die ganze Gesellschaften in zerstörerische Dynamiken treiben und Millionen von Menschen das Leben kosten können.

Solche Prozesse entstehen jedoch nicht im luftleeren Raum. Sie werden getragen, stabilisiert und durchgesetzt von Menschen innerhalb der staatlichen Strukturen selbst: von uniformierten Soldaten des Systems, von Polizisten, Sondereinsatzkräften, Richtern, Staatsanwälten, Verwaltungsangestellten und Behörden. Institutionen funktionieren nur, weil Individuen innerhalb dieser Strukturen Entscheidungen treffen, Anordnungen umsetzen und Handlungen vollziehen. Gerade deshalb kann Verantwortung nicht abstrakt delegiert werden.

Die Geschichte zeigt immer wieder ein verstörendes Muster: Nach dem Zusammenbruch solcher Systeme erklären viele der Beteiligten, sie hätten „nur Befehle befolgt“. Diese Formel ist zu einer der bekanntesten moralischen Ausflüchte der politischen Geschichte geworden. Doch sie ändert nichts an der grundlegenden Tatsache, dass Systeme ohne aktive Mitwirkung nicht funktionieren. Wo Unrecht systematisch durchgesetzt wird, geschieht dies nicht allein durch abstrakte Strukturen, sondern durch konkrete Menschen, die Entscheidungen treffen, Befehle ausführen und Verantwortung übernehmen oder verweigern.

Gerade deshalb ist es notwendig, solche Entwicklungen frühzeitig zu benennen, auch wenn man im Fokus der Staatsterroristen steht. Nicht erst im historischen Rückblick, wenn die Schäden bereits eingetreten sind, sondern präventiv – im Moment ihres Entstehens. Eine Gesellschaft, die ihre eigenen Fehlentwicklungen nicht rechtzeitig erkennt und ausspricht, zahlt dafür früher oder später einen hohen Preis. Die Kosten solcher Blindheit tragen nicht nur einzelne Gruppen, sondern ganze Generationen.

Am Ende steht daher eine entscheidende Frage, die weit über einzelne Maßnahmen oder politische Konflikte hinausgeht. Sie berührt die grundlegende Struktur jeder politischen Ordnung und die geistige Verfassung ihrer Gesellschaft: Wie geht ein System mit Kritik um?

Eine stabile Gesellschaft kann Kritik aushalten. Sie versteht sie als notwendige Korrektur, als Ausdruck von Wachsamkeit und als Bestandteil einer funktionierenden politischen Kultur.

Eine unsichere, manipulierte und tief indoktrinierte Gesellschaft hingegen beginnt, Kritik als Bedrohung zu betrachten. Sie versucht, sie zu delegitimieren, zu marginalisieren oder zu bekämpfen, weil sie nicht mehr zwischen Angriff und notwendiger Selbstkorrektur unterscheiden kann.

Und gerade in diesem Unterschied offenbart sich oft mehr über den tatsächlichen Zustand eines politischen Systems als in allen offiziellen Erklärungen, politischen Programmen oder öffentlichen Bekenntnissen zusammen.